

Suche nach Gründen für Terror-Anschlag

Friedensbewegung im Kreis plant mit der Jugendinitiative gemeinsame Veranstaltung

Kreis Miltenberg. Die Ereignisse nach den Anschlägen vom 11. September in den USA waren Thema bei einem Treffen von Mitgliedern der Initiative für Demokratie und Frieden (IDeF), der Jugendinitiative Miltenberg (JuI) sowie anderen friedenspolitisch Interessierten aus dem Kreis Miltenberg. Für den 3. Oktober wurde eine Veranstaltung geplant. Weitere Aktivitäten wurden vorbereitet.

Einen breiten Raum nahm die Diskussion um die derzeitigen Ereignisse ein. Klar distanzierte man sich von dem terroristischen Massenmord in den USA.

Wie Christine Speer (Bürgstadt) feststellte, gehört das Mitgefühl ohne Einschränkung den Opfern und ihren Hinterbliebenen.

Bernd Schüßler (Leidersbach) betonte allerdings auch, dass die amerikanische Politik der letzten Jahrzehnte in der so ge-

nannten »Dritten Welt« auf große Ablehnung gestoßen ist. In manchen Köpfen mag diese Ablehnung der USA bis zu unmenschlichem Hass angewachsen sein. Hierzu stellte Martin Pechtold (Miltenberg) fest, dass diese Feststellung nicht als Entschuldigung der menschenverachtenden Taten, sondern als Versuch, den Grund dafür zu begreifen, gewertet werden muss.

Auch kritische Stimmen in den USA

Natalie Horn (Großheubach) berichtete von Kontakten in die USA. Dort gebe es in der Bevölkerung auch kritische Stimmen, die sich sehr wohl Gedanken über die Konsequenzen eines kriegerischen Angriffs der USA und der NATO machen.

Ein eindeutiges Eintreten gegen kriegerische Handlungen verlangte auch Jochen Schneider (Klingenberg): »Terror kann nicht mit Krieg beantwortet werden.« Anwesende Mitglieder der JuI stimmten dem

zu und versicherten ihre tatkräftige Unterstützung bei den geplanten Aktivitäten der Friedensbewegung.

So waren bereits bei der Kundgebung »Brücken bauen – Gewalteskalation verhindern« in Aschaffenburg, zu der auch die IDeF aufgerufen hatte, Mitglieder der JuI und andere Friedensbewegte aus dem Kreis Miltenberg anwesend.

Am 3. Oktober um 20 Uhr wird in Miltenberg eine Veranstaltung unter dem Titel »Krieg ist keine Lösung« mit Gunnar Schedel von der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG/VK) in der Gaststätte Café »Mildenburg« stattfinden.

Veranstalter sind IDeF und JuI. Nähere Informationen sind ab sofort unter ☎ 0172/1788236 erhältlich.

Die Teilnehmer des Treffens planen zudem eine Kundgebung in Miltenberg, wollen allerdings zuvor die weitere Entwicklung abwarten und erst nach dem 3. Oktober entscheiden.

Krieg ist kein Mittel gegen Terror Politische Lösungen sind gefragt

Veranstaltung der Friedensinitiative gegen US-Militärschlag in Afghanistan

Kreis Miltenberg. Die Initiative für Demokratie und Frieden (IDeF) sowie der Jugendinitiative Miltenberg (JuI) haben eindeutig gegen einen Krieg in Afghanistan Stellung bezogen. Bei einer von rund 60 Zuhörern besuchten Informationsveranstaltung sprachen Gunnar Schedel von der Deutschen Friedensgesellschaft sowie Hasan Canali vom Alevitischen Kulturverein Miltenberg.

In seinem Referat stellte Gunnar Schedel fest, dass das Mitgefühl eindeutig den Opfern des Anschlags vom 11. September in den USA gehöre. Dennoch dürfe dies nicht zu einer »prinzipienlosen Solidarität« führen, da die amerikanische Politik an vielen Stellen zu kritisieren sei. Seit dem Golf- und dem Kosovo-Krieg stehe zudem fest, dass die Informationen der Militärs und Politiker geschönt bis gefälscht seien. Wirklich zutreffende Informationen zu erhalten sei daher für Medien wie Öffentlichkeit sehr schwierig.

Schedel bezeichnete den Konflikt, der den Anschlägen zugrunde liegt, sowohl politisch als auch kulturell bedingt. In einer ersten These formulierte er: »Eine kulturelle Annäherung braucht lange Zeit.« Zur Reduzierung und Beseitigung des Ter-

rors ist nach seiner Auffassung eine geänderte Politik der USA und des Westens notwendig. Dazu gehöre, dass sich auch mächtige Staaten an das Völkerrecht halten. Die USA hätten dagegen die internationale Rechtsprechung einfach ignoriert. Wichtig seien aber auch Änderungen, die Freiheit, Demokratie und den Wohlstand in den Ländern der sogenannten »Dritten Welt« ermöglichen. Eine gerechtere Weltordnung könne dem Terrorismus die Grundlage entziehen, so Schedel.

Mit der Bombardierung Afghanistans kann, so der Referent weiter, das Problem des Terrorismus nicht gelöst werden, da die Terroristen aus fast allen arabischen Staaten kommen. Wenn die USA mit militärischer Gewalt reagierten, werden sie in der islamischen Welt den Eindruck verstärken, eine rücksichtslose Supermacht zu sein. Ein Krieg werde zahllose, völlig unschuldige Opfer fordern.

Statt 40 Milliarden Dollar für die Kriegführung wüsste sich Schedel den gleichen Betrag, um den Hunger zu bekämpfen, dem täglich 25 000 Kinder zum Opfer fallen. Dies bezeichnete er als einen »unbeschreiblichen Skandal«.

Hasan Canali vom Alevitischen Kulturzentrum distanzierte sich ebenfalls von dem »feigen Anschlag auf die Menschlich-

keit«, wie er den Terrorangriff vom 11. September bezeichnete. Die Aleviten sind eine islamische Richtung, die den Fundamentalismus strikt ablehnt. In Deutschland zählen etwa 700 000 Muslime zu den Aleviten. »Wo für den Frieden gearbeitet wird, sind wir dabei«, so Canali. Daher lehnten auch die Aleviten einen Krieg gegen Afghanistan ab.

In der anschließenden, sehr lebhaften und langen Diskussion wurde auch auf den Sicherheitsaspekt eingegangen. Bernd Schüßler nannte es »Pseudosicherheit«, die jetzt von der Politik erzeugt werde. Auch Natalie Horn stellte fest, dass es gegen Terrorkommandos keine endgültige Sicherheit durch polizeiliche Maßnahmen geben könne. Anstatt die Freiheitsrechte der deutschen Bevölkerung einzuschränken, so wurde in der Diskussion gefordert, sollten bessere Lebensverhältnisse in den Herkunftsländern der Terroristen diesen den Boden entziehen.

Jede Seite in diesem Konflikt sehe in der anderen »das Böse«, sagte die Miltenberger Stadträtin Ruth Schöyen. Diese Verteufelung müsse aufhören. Dazu gehöre auch, die Muslime nicht pauschal als Fundamentalisten und Terroristen darzustellen oder sie kollektiv mit einer besonderen staatlichen Überwachung zu belegen.

Friedenskomitee in Aschaffenburg

Zulauf für Aktivitäten gegen Afghanistan-Krieg

Totgesagte leben lang. Das gilt auch für die Friedensbewegung am bayerischen Untermain. War die Beteiligung bei den Aktionen gegen die erste deutsche Kriegsbeteiligung nach 1945 – in Jugoslawien – noch sehr verhalten, so finden die Aktivitäten gegen den Afghanistan-Feldzug guten Anklang.

Selbst in Miltenberg kamen 60 Menschen zu einer Anti-Kriegs-Veranstaltung mit Gunnar Schedel (DFG/VK) unter dem Titel »Krieg ist keine Lösung!«

Festzustellen war hier leider wieder einmal der latente bis offene Antisemitismus gerade islamischer Zeitgenossen, der in geschichtsleugnenden Anmerkungen gipfelte, wonach es gar keine sechs Millionen Juden – und so weiter. Ganz offensichtlich traf dies aber nicht die Meinung der restlichen Anwesenden.

Eine Zeitungsanzeige und eine Resolution an die örtlichen MdBs und eine gute Pressearbeit runden hier das Bild ab; zudem riefen die Miltenberger, die sich schon traditionell in der Initiative für Demokratie und Frieden (IDeF) organisiert haben, auch zu Kundgebungen in Aschaffenburg mit auf. In Aschaffenburg führte die eigens gegründete Initiative »Die Gewaltspirale durchbrechen« bisher drei Kundgebungen mit bis zu 200 Beteiligten durch. Sprecher waren u.a. die Historikerin Dr. Monika Schmittner, Johan-

nes Büttner (Stadtrat der Kommunalen Initiative und PDS-Kreisvorsitzender), Reinhard Frankl (GEW) oder Brigitte Remer vom Politischen Club, einem Debattenzirkel der Aschaffener Linken (www.pcab.org).

Auf der letzten Kundgebung hat sich zudem ein Friedenskomitee gebildet, das weitere Aktivitäten vorbereitet. Bei dieser relativ spontanen Gründung eines Initiativgremiums machte sich die politische Erfahrung von Johannes Büttner bemerkbar, der kurzerhand direkt vor dem Lautsprecherwagen zu einer ersten Zusammenkunft einlud. Mit dabei sind erfreulich viele jüngere Menschen, die vermutlich hier ihre ersten politischen Erfahrungen sammeln.

Übereinstimmende Aussagen der Veranstaltungen in Aschaffenburg: »Bomben sind die falsche Antwort auf Terrorismus« (Main-Echo, 15.10.01) und »Brücken bauen – Gewalteskalation verhindern!« (so der Titel eines Flugblatts). Und selbstverständlich werden am bayerischen Untermain auch deutsche Militärs und Politiker an den Pranger gestellt; Militärs und Politiker, die wieder ganz selbstverständlich ökonomische Interessen mit deutschen Waffen durchsetzen wollen, die mit dem Argument der Sicherheit den Repressionsstaat ausbauen und den Sozialstaat einschränken.

mb, 18.10.01

nachfolgende Seiten:

Informationsdienst ASYL AM UNTERMAIN (Aschaffenburg-Miltenberg-Wertheim)
Nr. 27, März bis August 2002

Krieg und Frieden

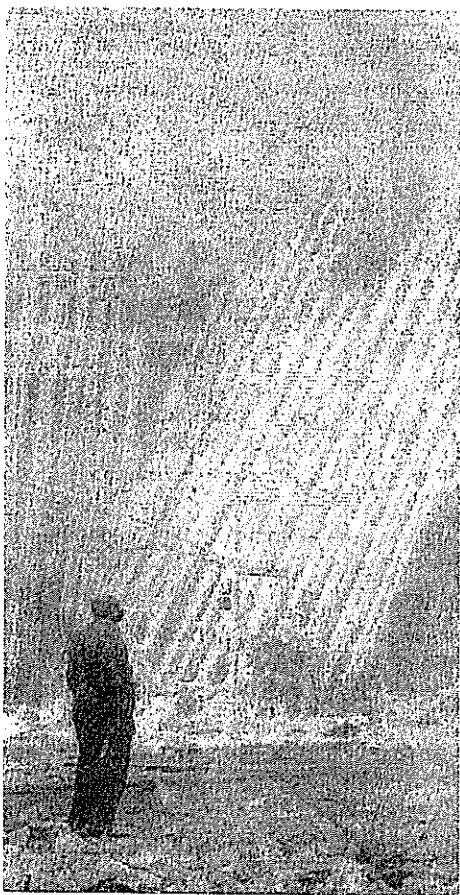
Terror, Krieg, erneuter Terror und wieder Krieg?

Terroranschläge auf die USA am 11. September 2001 und Krieg gegen Afghanistan - eine Chronologie

Der 11. September

Dienstag, 11. September 2001, ca. 16.30 Uhr. Wir verlassen eine dienstliche Besprechung. Eine Kollegin kommt aufgeregt auf uns zu: "Macht das Radio an! In den USA wurde das World Trade Center zerstört!"

Fassungslos sitzen wir vor den Rundfunkempfängern, verschie-



denste Gedanken gehen uns durch den Kopf: Ohnmacht, Trauer, Fassungslosigkeit ... Wie mögen sich die Menschen in den Flugzeugen und dem Gebäude gefühlt haben bzw. noch fühlen? Wer steckt hinter der Tat? Wird es Krieg geben? Das ist doch alles Wahnsinn!

Nach Arbeitsschluss die Bilder aus New York in den Fernsehnachrichten: Ein gekapertes Passagierflugzeug, das sich in den zweiten Turm

des World Trade Center stürzt, während der erste Turm bereits - durch eine ebenfalls entführte Maschine getroffen - brennt. Die Türme stürzen ein. In Washington wurde ebenfalls ein ziviles Passagierflugzeug samt Insassen auf das US-Verteidigungsministerium gestürzt; eine vierte Maschine wird - wie man später vermutet: durch Einsatz der Fluggäste - auf freiem Feld zum Absturz gebracht und erreicht ihr Ziel nicht.

Einige tausend Menschen fallen den vier Selbstmordanschlägen zum Opfer.

Die Medien

Die in den Zeitungen gedruckten teils großformatigen Farbbilder, vor allem aber die Filmaufnahmen der Fernsehsender zeigen sich als eine Mischung aus Informationsvermittlung und einer gehörigen Prise Show mit Gruseffekt: immer und immer wieder werden die Bilder des zweiten explodierenden Flugzeuges im World Trade Center gezeigt, zu jeder passenden und unpassenden Gelegenheit werden diese an Hollywood-Filme erinnernden Szenen wiederholt. Bei manchen TV-Zuschauern macht sich in den kommenden Tagen ein Ekel vor dieser sensationslüsternen Berichterstattung breit.

Reaktionen in aller Welt ...

Sofort nach der Tat melden sich Politiker zu Wort und verurteilen den Anschlag. Bis hin zu Palästinenserpräsident Arafat sind sich alle einig in ihrer Ablehnung; selbst China äußert Abscheu über den Anschlag.

Ausnahmen gibt es allerdings: So in arabischen Ländern, wo Menschen auf die Straße gehen, um zu triumphieren über diese Niederlage des Feindes USA. Auch aus Südamerika werden Aussagen von Men-

schen bekannt, die es den USA gönnen, Opfer eines Anschlages zu werden.

Israelis werden interviewt, die betonen, dass die US-Bürger jetzt nachfühlen können, was es heißt, mit dem Bombenterror zu leben, den sie - die Israelis - schon lange kennen. Und Palästinenser bekunden in Interviews ebenfalls, dass die USA jetzt den Terror kennen, dem sie - die Palästinenser - täglich ausgesetzt sind. Ein interessanter Gleichklang der Aussagen!

Trauer

Text des Kondolenzbuches der Caritas Miltenberg (an die amerikanische Caritas weitergegeben):

Wir trauern mit den Hinterbliebenen der Opfer des unmenschlichen Anschlages vom 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten.

Wir fühlen mit den Verletzten dieses Terrorangriffs und sind entsetzt über die Brutalität und den Fanatismus der Täter.

Wir fordern alle Verantwortlichen auf, nicht Terror mit Gegenterror zu vergelten.

Wir bitten um Gottes Segen für alle Opfer des Terrors.

Vorstand, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Gäste des Caritasverbandes für den Landkreis Miltenberg e.V.

... und auch am bayerischen Untermain

An den Schulen im bayerischen Untermaingebiet wird bereits direkt nach den Anschlägen vom 11. September der Unterricht so gestaltet, dass die Schülerinnen und Schüler das Thema bearbeiten und aufarbeiten können. Die Tages-

presse berichtet ausführlich über den geänderten Schulalltag. In den Zeitungen werden Briefe veröffentlicht, die in den USA lebende ehemalige Untermainbewohner zugesandt haben. Aber auch viele ansässige Bürgerinnen und Bürger melden sich mit Leserbriefen zu Wort. Die Kirchen reagieren mit Gottesdiensten und verschiedene Stellen - so auch der Caritasverband in Miltenberg - legen Kondolenzbücher aus, in die sich vermutlich Tausende eintragen.

Was tun?

Gibt es eine Alternative zu einem Militäreinsatz?
 Natürlich. Viele Menschen würden etwas anderes vorziehen als Aktionen einer von den Amerikanern dominierten Allianz. Etwa eine Operation unter der Federführung der Vereinten Nationen gegen eine kriminelle Gruppe, deren Mitglieder gejagt und vor einen internationalen Gerichtshof gebracht werden sollten. Dort würden sie einen fairen Prozess und im Schuldfall eine angemessene Strafe erhalten. ...
 Bombenwerfen ist so nützlich wie Krebszellen mit einem Schneidbrenner auszurotten.
 ... jedes Fernsehbild von getroffenen Spitälern, verkrüppelten Kindern und Flüchtlingstrecks wird den Hass unserer Feinde verstärken, neue Terroristen heranzüchten und neue Zweifel in den Köpfen unserer Verbündeten säen. ...
 Wie sollte al Quaeda bekämpft werden?
 Mit geduldrigen und lang angelegten Operationen von Polizei und Geheimdiensten. Doch dieser Kampf kann Jahrzehnte dauern, und es wird weder spektakuläre Schlachten noch eindeutige Sieger geben.

Sir Michael Howard,
 Militärgeschichtler,
 lehrte an den Universitäten Oxford/GB und
 Yale/USA,
 in einem Interview mit dem *Stern*, 08.11.01

In Aschaffenburg versammeln sich viele Feuerwehrleute, um den bei den Rettungseinsätzen in New York getöteten Kollegen zu gedenken.

Schließlich beteiligen sich hunderte von Menschen an den Aktionen der Friedensbewegung, also an zahlreichen Kundgebungen, Veranstaltungen, einer Resolution an die Bundestagsabgeordneten der Region, einer Zeitungsanzeige gegen den Krieg etc.

In allen Reaktionen am Untermain zeigen sich vor allem Entsetzen über die unmenschliche Terrortat, Trauer um die Opfer und Angst vor einem Krieg. Viele beherrscht dabei der Gedanke, dieser Krieg könne als erneuter Terrorismus auch nach Deutschland kommen. Speziell den Mitwirkenden bei Aktivitäten der Friedensbewegung - aber nicht nur diesen - ist dies deutlich zu eng gefasst: Sie lehnen den Krieg auch dann ab, wenn er "nur" Afghanistan treffen sollte.

Rassismus und "Sicherheitspakete"

Rassismus ist nichts Neues in unserer Gesellschaft oder der der USA. Nach den Anschlägen vom 11. September zeigt er sich allerdings in neuem Gewand: Als anti-islamische Rache.

In den USA werden Zusammenrottungen von Menschen, die Moscheen stürmen wollen, von der Polizei aufgelöst. In deutschen TV-Beiträgen berichten muslimische Mitbürger/-innen oder solche, die "arabisch" aussehen, von Beschimpfungen und mehr. Auch der IG Metall-Vorsitzende Zwickel berichtet bereits Ende September von Übergriffen auf "anders aussehende Menschen" in den Betrieben.

Die eingeleiteten Sicherheitsmaßnahmen tun ihr Übriges: Fast pauschal werden Muslime dadurch in der öffentlichen Wahrnehmung zu potenziellen Terroristen.

Zu diesen "Sicherheitspakete" genannten Gesetzesänderungen gibt es heftige Widersprüche: Die neuen Befugnisse staatlicher Stellen dienen nur der Informationssammelwut von Geheimdiensten, bürgerliche Freiheiten werden erheblich beeinträchtigt. Und: Auch mit den jetzt durchgesetzten "Sicherheitspaketen" wäre der Anschlag vom 11. September in keiner Weise zu verhindern gewesen.

"Die umstrittene bundesweite Rasterfahndung als Mittel der Ter-

rorismusfahndung ist viereinhalb Monate nach ihrem Start bisher ohne erkennbaren Erfolg verlaufen." (Main-Echo, 16.02.02) Und das, obwohl rund 14.900 Personen aus dem Datenmaterial herausgefiltert wurden.

Militärische Intelligenz ist ein Widerspruch in sich.

Groucho Marx

Der Krieg der USA und der NATO

Die USA haben schon gleich nach dem 11. September einen Hintermann der Selbstmordanschläge gefunden: Den in Afghanistan lebenden Saudi-Arabier Osama bin Laden. Wie nicht nur die Friedensbewegung vermutet hatte, wollen sie Afghanistan daher angreifen, dessen Taliban-Regierung bin Laden ohne Beweise für seine Schuld nicht ausliefern will.

Die NATO ruft erstmals in ihrer Geschichte den Verteidigungsfall aus und erklärt damit die Unterstützung der USA; die Vereinten Nationen werden nicht eingeschaltet, sondern nur informiert, und Deutschland betont immer wieder seine "bedingungslose Solidarität" (Bundeskanzler Schröder) mit den USA und bietet Kampfteinheiten an.

Wir sind in Afghanistan aus Gründen des Eigeninteresses, nicht des Altruismus.

Charles Krauthammer, Kommentator der *Washington Post*, 18.10.01

Am Sonntag, 7. Oktober beginnen nach wochenlangen Truppenbewegungen die Angriffe auf Afghanistan. Mit dabei: US-Amerikaner und Briten. Bereits am 9. Oktober werden die ersten Ziviltoten von unabhängiger Seite bestätigt - durch die Vereinten Nationen, die vier Mitarbeiter bei einem Bombenangriff verlieren.

Schließlich findet ab 20. Oktober der erste offiziell bestätigte Einsatz von US-Bodentruppen in diesem Feldzug statt; bei dieser Operation von ca. 200 Soldaten der Spezialkräften kommen zwei GIs ums Leben.

Die Toten unter der afghanischen Zivilbevölkerung werden später auf

mindestens 3.500 geschätzt. Über die Zahl der auf beiden Seiten Gefallenen liegen bei Abschluss dieses Beitrages noch keine Zahlen vor. Nur eines scheint klar: Bin Laden ist nicht darunter.

In den Herbst- und Wintertagen 2001 wird die Stimmung auch durch Anschläge mit Milzbrand-Erregern angeheizt, hinter denen islamistische Terroristen vermutet werden; in verschiedenen US-Städten tauchen Briefsendungen mit infiziertem Material auf. Es kommt zu mehreren Toten. Doch das FBI ermittelt in dieser Sache anderweitig: "Wir suchen die Täter in rechtsradikalen Kreisen und unter militanten Abtreibungsgegnern im eigenen Land." Aus ermittlungstechnischen sowie politischen Gründen werde dies aber nicht an die große Glocke gehängt. "Wir wollen uns nicht mit den Politikern anlegen, die so gern ausländische Terroristen als Täter vermuten", wird das FBI zitiert.

Die Nachrichtenagentur AFP berichtet zudem am 10. Dezember, dass die Milzbrandbriefe an den Mehrheitsführer im Senat der USA, Tom Daschle, an seinen Kollegen Patrick Leahy sowie an den Sender NBC und die *New York Post* von US-Militärangehörigen bzw. von einer Person "mit Verbindung zum Militär" verschickt worden sein müssen; denn nach Expertenmeinung habe kein anderes Land als die USA Milzbranderreger von derart hoher Konzentration hergestellt.

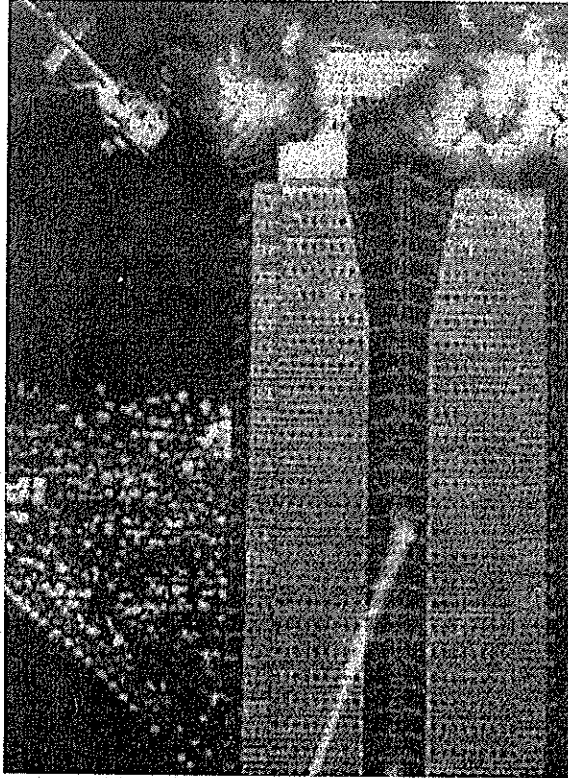
Wenn die Fahne weht, ist der Verstand in der Trompete.

Konrad Lorenz

Kabul fällt, der Kongress tagt

Bereits im November fällt - nach heftigem Bombardement durch US-Truppen - die afghanische Hauptstadt Kabul in die Hände der mit den USA/NATO verbündeten Nor-

dallianz. Die Kämpfe werden ausdrücklich auch während des Fastenmonats Ramadan nicht ausgesetzt; am 26. November greifen massiv Bodentruppen der USA ein, während gleichzeitig der deutsche Truppenbeitrag mit ersten Trans-



portflügen von Transallmaschinen der Bundeswehr startet.

Einen Tag später beginnt die Afghanistan-Konferenz in Bonn, die sich am 5. Dezember auf eine Übergangsregierung einigt. Zu dieser Konferenz äußert sich im Januar Martin Baraki: "Wäre die Einhaltung der Menschenrechte wirklich Maßstab internationaler Politik, wie immer wieder behauptet wird, dann hätte man die meisten Mitglieder der afghanischen Delegation festnehmen und vor ein unabhängiges Gericht stellen müssen." Denn es handelt sich meist - mal abgesehen vor allem von zwei Alibifrauen - um die ehemaligen Führer er brutalst vorgehenden Gruppen des Bürgerkrieges, also um die Anführer der Plünderer, Vergewaltiger und Mörder aus der Zeit vor der Talibanherrschaft.

Zwischenzeitlich brechen in Afghanistan die aus jener Zeit ebenfalls

bekanntesten militärischen Konflikte zwischen einzelnen Gruppen und Clans auf, die alle eigenes Land als ihr Herrschaftsgebiet erobern wollen.

Mitte Dezember legt die US-Regierung ein Videoband vor, das

Osama bin Laden zeigt, wie er sich zu den Anschlägen vom 11. September äußert. Danach soll er schon vor den Angriffen von diesen gewusst haben; eine Urheberschaft des Terrorangriffs kann aber auch mit diesem Video nicht nachgewiesen werden. Zudem wurde es wegen schlechter Tonqualität in den USA "digital aufbereitet", was erhebliche Zweifel an den darin getroffenen Aussagen nährt.

Das neue Jahr beginnt damit, dass bereits am ersten Tag neun deutsche Offiziere nach Afghanistan fliegen, um den Einsatz deutscher Soldaten im Rahmen der internationalen Schutztruppe vorzubereiten.

Spätestens im Februar haben die USA neue Ziele im so genannten Anti-Terror-Krieg benannt: Im Mittelpunkt soll künftig der Irak stehen.

Dazu passt auch, dass deutsche Fregatten vor dem Horn von Afrika patrouillieren: Somalia gilt schließlich auch als "Schurkenstaat" und ist somit potenzielles Kriegsziel.

Ob mit NATO oder ohne - die USA erklären erneut, weiter Krieg führen zu wollen, wo und gegen wen sie es für nötig erachten. Frei nach Sepp Herberger können wir sagen: "Nach dem Krieg ist vor dem Krieg!"

Und die Gründe für diesen Krieg, insbesondere jene, die nicht unbedingt mit den offiziellen Militärverlautbarungen übereinstimmen? - Nun, das wäre wieder ein ganz anderes Thema ...

Martin Pechtold

Fotos: Vor dem eingestürzten World Trade Center & Ausschnitt aus einem Filmplakat für "die hard" mit Bruce Willis (Hollywood war schneller als die Realität)